



KAI WEGNER

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender der Landesgruppe Berlin in der CDU/CSU-Fraktion

Haftzwangsarbeit für die Reichsbahn der DDR - Stellungnahme Kai Wegner

Die zahlreichen Diskussionen rund um den 25. Jahrestag der friedlichen Revolution in der DDR haben gezeigt, wie sehr die Aufarbeitung des DDR-Unrechts unser Land noch immer bewegt. Ein wichtiger Baustein für diese Aufarbeitung ist die Untersuchung über „Das System der Zwangsarbeit in der SED-Diktatur“, die Herr Dr. Sachse im Juni dieses Jahres der Öffentlichkeit vorgestellt hat. Seither darf als wissenschaftlich gesichert gelten, dass in der DDR systematisch eine international geächtete Form der Häftlingszwangsarbeit betrieben wurde, die dem Ziel der maximalen Ausbeutung der Arbeitskraft der Strafgefangenen diente und eine massive Menschenrechtsverletzung darstellte.

Im Rahmen dieser Untersuchung konnte Herr Dr. Sachse belegen, dass auch die Deutsche Reichsbahn der DDR in großer Zahl Zwangsarbeiter beschäftigt hat. Zwischen 1951 und 1989 hat die Reichsbahn jährlich rund 1.200 bis 1.500 Strafgefangene zu Arbeiten eingesetzt, die körperlich extrem belastend und gesundheitsgefährdend waren, und für die sich dementsprechend keine regulären Arbeitskräfte fanden. Es handelte sich unter anderem um besonders schwere Tätigkeiten beim Gleisbau, bei der Demontage von alten Gleisen oder bei der Verschrottung von Waggons.

Die Deutsche Bahn hat sich von Anfang an aufgeschlossen gezeigt, dieses bislang weithin unbekanntes Kapitel aus der Geschichte der Reichsbahn konsequent zu durchleuchten und zu dokumentieren. Noch am selben Tag, an dem die Untersuchung von Herrn Dr. Sachse der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, kündigte Herr Dr. Grube als Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bahn eine Studie an, die den Einsatz von Strafgefangenen, aber auch den Häftlingstransport bei der Reichsbahn umfassend aufarbeiten soll. Die Ergebnisse der Studie sollen in einer Ausstellung einer breiten Öffentlichkeit präsentiert werden.

Das klare Bekenntnis der Bahn zu ihrer moralischen Verantwortung begrüße ich sehr. Mit ihren Bemühungen um Aufklärung und Aufarbeitung, aber auch mit dem heutigen Gespräch, stellt sich die Deutsche Bahn ihrer Geschichte. So ist sichergestellt, dass das Thema Haftzwangsarbeit auf der politischen Agenda bleibt. Das ist wichtig im Kampf um eine bessere gesellschaftliche Anerkennung für die Opfer und bereitet den Boden für eine verstärkte Aufklärungs- und Gedenkarbeit, um für die Belange der Betroffenen zu sensibilisieren.

In diesem Zusammenhang gilt mein Dank natürlich auch der UOKG, die den Opfern der SED-Diktatur eine Stimme gibt. Das ist ungemein verdienstvoll, zumal es viele SED-Opfer gibt, die auch heute noch derart schwer traumatisiert sind, dass sie sich nicht selbst helfen können. Vor diesem Hintergrund hielte ich es für überlegenswert, wenn die Deutsche Bahn die Beratungstätigkeit und die Therapien von traumatisierten SED-Opfern in angemessener Weise unterstützen könnte. Rechtlich ist die Bahn hier nicht in der Haftung, aber eine solche Geste wäre ein weiteres wichtiges Symbol dafür, dass die Bahn ihrer moralischen Verantwortung nachkommt.

Ein anderer Aspekt betrifft nicht speziell die Bahn, sondern alle Unternehmen mit Verbindungen zum System der DDR-Zwangsarbeit gleichermaßen. Wünschenswert wäre es, gemeinschaftlich einen Fonds aufzulegen, mit Hilfe dessen weitere einschlägige Forschungs- und Aufklärungsarbeit finanziert werden könnte. Auch könnte darüber nachgedacht werden, aus diesem Fonds besondere soziale Härtefälle materiell zu entschädigen. Ich hielte es für sehr begrüßenswert, wenn Gespräche über die Einrichtung eines solchen Opferfonds aufgenommen werden könnten.

Auch die von CDU und CSU durchgesetzte Ehrenpension für frühere politische Häftlinge der DDR ist ein wichtiges Zeichen zur Anerkennung von SED-Unrecht. Es sollte darüber nachgedacht werden, ob dieser Bereich anschlussfähig für das Thema DDR-Haftzwangsarbeit ist. Es ist mir ein persönliches Anliegen, die Aufarbeitung von SED-Unrecht und die Unterstützung für die Opfer der Diktatur auch 25 Jahre nach dem Fall der Mauer entschlossen fortzusetzen.